

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XIX/44

Bonn, den 4. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Alte Bindungen neu festigen

70

Zum bevorstehenden Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten

3 - 3a

CDU-Polemik - die Anerkennung bedeutet

64

Ministerpräsident Kiesinger: SPD fordert zuviele Lehrer,
Schulen, Krankenhäuser und Altersheime

5a

Regierung als Preistreiber

3

Zur angekündigten Erhöhung der Postgebühren

4 - 5

Politik der Illusionen ?

73

Die Selbsterwählbaren und die falschen Propheten

Von Erwin Lange, MdB

Chefredakteur Günter Markscheffel

Alte Bindungen neu festigen

Zum bevorstehenden Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten

sp - Der offizielle Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander und seines Ausserministers Torsten Nilsson in der Bundesrepublik ist ein Markstein im Verhältnis zwischen Deutschland und Schweden.

Wer sich heute die europäische Landkarte anschaut, der wird ohne Zweifel zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Beziehungen des größten skandinavischen Landes zu Westeuropa und zum freien Teil Deutschlands für alle, denen an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker gelegen ist, von großer Bedeutung sind.

Die Deutschen in Berlin und im übrigen Teil der Bundesrepublik werden sich in den Tagen des offiziellen Besuchs von Tage Erlander mit besonderer Dankbarkeit der Haltung erinnern, die die Regierung und das Volk von Schweden stets in der für die Deutschen so entscheidenden Frage ihrer nationalen Wiedervereinigung und der Erhaltung der Freiheit eingenommen haben.

Erst kürzlich hat der schwedische Ministerpräsident öffentlich erklärt, daß man in Schweden hoffe, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich sein werde, und daß der Tag, an dem sie zustande komme, nicht mehr allzu fern liege.

Die schwedischen Gäste werden nicht nur eines herzlichen Empfangs durch die deutsche Bevölkerung gewiß sein, sie dürfen auch die Erwartung hegen, daß die politischen Persönlichkeiten der Bundesrepublik, mit denen sie ihre Meinung austauschen werden, den aktuellen Fragen der schwedisch-deutschen Beziehungen jenen Platz zuweisen, der ihnen gebührt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Schweden dagegen gehört der europäischen Freihandelszone an. Dieser Tatbestand weist nicht zuletzt darauf hin, worum es auch bei den Besprechungen des schwedischen Regierungschefs mit der Bundesregierung gehen wird. Es ist kein Geheimnis, daß man in Schweden, das wir zu den ältesten Handelspartnern Deutschlands zählen dürfen, über einige Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich, und hier besonders hinsichtlich der Aussenhandelsbeziehungen, besorgt ist.

Die deutschen Sozialdemokraten haben seit Bestehen der europäi-

4. März 1964

schen Wirtschaftsgemeinschaft immer wieder gefordert, daß die Vereinigung Europas nicht mit der engen Zusammenarbeit der sechs Gründungsmitglieder der EWG enden dürfe. Es müßten im Gegenteil alle Anstrengungen unternommen werden, um auch weiteren Staaten des freien Europa den Grad wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der EWG zu ermöglichen, der mit ihrer Stellung im weltpolitischen Kräftefeld unserer Zeit vereinbar ist. Vieles von dem, was man in den vergangenen Jahren hätte tun können, ist nicht getan worden. Um so mehr ist nun allen verantwortlichen politischen Kräften in der Bundesrepublik die Aufgabe gegeben, in der Zukunft solche Versäumnisse zu vermeiden.

Der Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten sollte ein Anlaß sein, auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit ein Stück weiterzukommen. Die deutschen Sozialdemokraten haben auf ihrem kürzlich in Bad Godesberg stattgefundenen Kongreß über Europa mit Nachdruck bestimmte Akzente gesetzt und Vorschläge gemacht, wie der Prozeß der europäischen Einigung beschleunigt werden kann. Die deutsche Bundesregierung wäre sicherlich gut beraten, wenn sie die Ergebnisse dieses Kongresses mit in ihre Verhandlungen mit den schwedischen Gästen einbeziehen würde.

Es sollte an dieser Stelle auch daran erinnert werden, daß das Beispiel, das die schwedischen Sozialdemokraten für eine wirtschaftlich positive und sozial gerechte Entwicklung der modernen Industriegesellschaft gesetzt haben, weit über die Grenzen dieses skandinavischen Landes hinausstrahlt. Das ist gut so, denn in einer Welt, in der es um die Verwirklichung einer in jeder Beziehung menschenwürdigen Gesellschaftsordnung geht, wird das schwedische Beispiel entscheidend dazu beitragen, den Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika zu zeigen, daß Demokratie und wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt eine Einheit bilden. In dieser Auseinandersetzung um die Welt von morgen müssen die Bundesrepublik Deutschland und Schweden in der Gemeinsamkeit gesamteuropäischer Verantwortung Partner sein. Die deutsche Bundesregierung muß dies durch ihre Politik beweisen.

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen den Besuch der schwedischen Gäste, mit denen sie seit langen Jahren als Freunde verbunden sind.

CDU-Kolemik - die Anerkennung bedeutet

Ministerpräsident Kiesinger: SPD fordert zu viele Lehrer,
Schulen, Krankenhäuser und Altersheime

H.B. - Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, hat auf der Schlußkundgebung der badischen CDU in Offenburg die SPD angegriffen - ausgerechnet auf einem Gebiet, auf dem sich die CDU-FDP-Koalitionen in Bund und in Land Baden-Württemberg bekanntermaßen mancher Versäumnisse schuldig gemacht haben. Die SPD, die schon vor rund 10 Jahren mit ihrem "Plan Z" an die Öffentlichkeit trat und eindringlich auf die Erfordernisse des Schul- und Bildungswesens im technischen Zeitalter hingewiesen hat, kann sich allerdings über diesen Angriff nur freuen, denn Kiesinger hat der SPD keineswegs Versäumnisse vorgeworfen. Ministerpräsident Kiesinger, der sich oft und gerne als Vater des Gedankens einer Konstanzer Universitäts-Neugründung feiern ließ und läßt, wandte sich vielmehr sehr deutlich gegen die sogenannte "Quantophrenie", welcher die SPD huldige, indem sie immer noch mehr Lehrer, Schulen, Krankenhäuser und Altersheime fordere. Wichtiger als viele Lehrer seien aber bessere Lehrer, es komme nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der Lehrer an.

Auch mit dieser Argumentation rannte Kiesinger bei der SPD offene Türen ein, denn die SPD war es in entscheidendem Maße, die im Lande Baden-Württemberg die verbesserte Lehrerbildung an Pädagogischen Hochschulen forderte. Nicht zuletzt deshalb, weil in den von der SPD regierten Ländern in der Bundesrepublik mit deutlich sichtbarem Erfolg nicht nur die Qualität, sondern auch die Quantität der Lehrer verbessert wurde.

Offensichtlich ist Dr. Kiesinger trotz seiner fünfjährigen Tätigkeit als Kabinettschef in Stuttgart in seinem Innersten noch überwiegend in der Bonner Außenpolitik zu Hause. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß er sich auch noch gegen die Mehrforderungen der SPD bei Krankenhäusern und Altersheimen wendet?

Dieses Verlangen der parlamentarischen Opposition hat doch die CDU schon weithin nachempfunden und sich - zumindest in Programmen - die vorbildlichen Bemühungen der hessischen Sozialdemokraten zu eigen gemacht. Kurt Georg Kiesinger ist auch in anderen landespolitischen Bereichen ganz offensichtlich noch nicht zu Hause.

Wie wäre es sonst möglich, daß er sich in diesen Tagen wieder einmal dagegen wandte, das ländliche Schulwesen durch die Schaffung modern ausgebauter Nachbarschafts- oder Mittelpunktschulen entscheidend zu verbessern? Dabei hätte er sich nicht einmal unbedingt in Hessen und Niedersachsen bei den Sozialdemokraten umscher müssen. Er hätte bei der bayerischen CSU auch hören können, daß man den Vorschlägen der SPD zur Verbesserung der Landschule auf die Dauer einfach nicht entgegenwirken könne. Sicher hätten die bayerischen CSU-Freunde den Stuttgarter CDU-Kollegen wissen lassen, daß sich in jüngster Zeit einflussreiche katholische Kreise, an der Spitze Kardinal Julius Döpfner, auf die Seite der Reformer geschlagen haben. Kardinal Döpfner hatte gesagt, er wisse, "wie erbarmungslos das Dorf und die dörfliche Gemeinschaft neuer Ideen gegenüber sein können." (Wie erbarmungslos selbst prominente CDU-Politiker sein können, hat Dr. Kiesinger jetzt eindrücklich bewiesen.) Kardinal Döpfner warnte auch davor, mit den Reformen so lange zu warten, "bis die letzte Konzeption gefunden ist".

Es kann deshalb gar keinen Zweifel geben: Die SPD befindet sich nicht nur in Hessen und Niedersachsen - in bester Gesellschaft, wenn sie mit allem Nachdruck daran geht, das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land zu beheben; den jungen Menschen auf dem Lande zuliebe, die für den verschärften Wettbewerb innerhalb der EWG auch von der Schulbank her gewappnet sein müssen.

Daß der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sich auf die Seite jener dörflichen Kirchturmpolitiker stellte, die Kardinal Döpfner apostrophierte, ist kennzeichnend für jene politischen Kräfte in der Bundesrepublik, die sich seit Jahr und Tag dem Motto "keine Experimente" auch dort verschrieben haben, wo nur ein mutiges Experiment weiterhelfen kann.

Im Übrigen: Selten hat sich in einem polemischen Angriff gegen die SPD so viel - unausgesprochenes - Lob gefunden, wie in den Wapenkampfreden des Stuttgarter Außen- und Landespolitikers Kiesinger.

+ + +

Regierung als Preistreiber

Zur angekündigten Erhöhung der Postgebühren

sp - Das Bundespostministerium plant eine Erhöhung der Postgebühren bei Diensten, denen die Postkunden nicht ausweichen können: Brief-, Fernschreib- und Fernsprechkverkehr. Die letzte Erhöhung brachte nicht den erwarteten Erfolg, da viele beim Versand von Paketen auf andere Beförderungsmittel auswichen. Diesmal soll es den Kunden ganz erwischen. Die geplante Erhöhung soll es der Bundespost ermöglichen, 520 Millionen an den Staatssäckel abzuführen. Preissteigerungen auf anderen Gebieten werden die Folge sein.

In diesem besonderen Fall kann die Regierung Erhard sich nicht des Vorwurfs erwehren, Preistreiber zu sein. In unzähligen Erklärungen ermahnte die gleiche Regierung die Bundesbürger zum Maßhalten, verkündete sie das hohe Lied von der Preisstabilität - aber dort, wo sie durch ihr Verhalten ein Vorbild setzen sollte, geht sie mit schlechtem Beispiel voran, mißbraucht sie ein Staatsmonopol. Dieselbe Regierung beabsichtigt mit Blick auf das Wahljahr Steuersenkungen von drei Milliarden DM. Durch ihre Rolle als Preistreiber wird sich wohl ein guter Teil der geplanten Erleichterungen bald verflüchtigen.

Das Ganze ist geradezu ein klassisches Beispiel von Bewußtseinspaltung. Im privaten Bereich nennt man dies eine Moral mit doppeltem Boden. Wie ernst ist eine Regierung überhaupt noch zu nehmen, deren praktisches Verhalten in so eklatanter Widerspruch zu ihren öffentlichen Erklärungen steht? Sie erweisen sich als Deklamationen. Diese Regierung verwirkt ihre moralische Legitimation, gegen schlechte und das Preisgefüge nach oben treibende Praktiken aufzutreten, die sie im eigenen Bereich aus kurzsichtigen fiskalischen Gründen selbst anwendet. Sie verliert dabei an Glaubwürdigkeit.

+ + +

Politik der Illusionen ?

Die Selbständigen und die falschen Propheten

Von Erwin Lange, MdB

In der jüngeren Zeit haben wir in Presseorganen, die den Organisationen der Selbständigen nahestehen - es handelt sich bei diesen Organisationen um den Zentralverband des Deutschen Handwerks und um den Deutschen Gewerbeverband -, lesen können, daß die Sozialdemokraten durch ihre Anträge die Arbeit der einschlägigen Bundesministerien blockieren. Die Presseorgane sind der Meinung, die Sozialdemokraten ließen den Ministerien keine Zeit für eine wirksame "Mittelstandspolitik", weil sie Berichte über die tatsächlichen Verhältnisse und die tatsächliche Lage der Selbständigen in Handwerk, Handel, übrigen Gewerbe, kleiner und mittlerer Industrie und in den freien Berufen anfertigen ließen.

So oder so ähnlich war in der "Handwerkszeitung" und in "Der Selbständige" zu lesen. Wir haben absichtlich nicht wörtlich zitiert. Wir haben unseren Eindruck von diesen Darlegungen wiedergegeben. Wir fragen uns, was solche Aussagen eigentlich erreichen sollen, sind sie doch subjektiv und objektiv falsch.

Die Verantwortlichen dieser Presseorgane haben vor Jahr und Tag die Forderung der Sozialdemokraten nach Erstattung eines Berichtes über die Lage der Mittelschichten begrüßt. Sie haben weiter begrüßt, daß auf Anregung der Sozialdemokraten der ganze Deutsche Bundestag die Bundesregierung verpflichtet hat, einen solchen Bericht zu erstatten. Sie haben auch begrüßt, daß ein Ergänzungsbericht erstattet wird. Auch dieser ist auf Anregung der Sozialdemokraten einstimmig vom Bundestag gefordert worden. (Über den Gehalt beider Berichte soll im Augenblick nichts gesagt werden.) Mit diesen Berichten sollte die Bundesregierung gleichzeitig entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Selbständigen dem Bundestag zur Entscheidung vorlegen.

Die Maßnahmen zur Förderung der Mittelschichten hat die Bundesregierung bisher nicht dem Bundestag bekanntgegeben. Das ist ihr Versäumnis. Das ist nicht die Verantwortung der Sozialdemokraten, sondern diejenige der Bundesregierung.

Das wissen auch die Verantwortlichen der genannten Presseorgane, die mit den Sozialdemokraten der Meinung gewesen sind, daß man zur

wirksamen Förderung der Selbständigen im Wettbewerb und am Markt die Verhältnisse und die Lage der Mittelschichten genau kennen müsse. Heute will man das nicht mehr wahrhaben. Warum?

Es sieht zu befürchten, daß man der Bundesregierung Schützenhilfe bei ihrer Untätigkeit in Sachen Selbständige leisten möchte. Dafür braucht man einen Prügelknaben. Dieser Prügelknabe soll die sozialdemokratische Bundestagsfraktion sein. Bei den Selbständigen will man den Eindruck erwecken, als ob es einer Kenntnis der Zusammenhänge nicht mehr bedürfe, obwohl man selbst eine solche Kenntnis einmal - in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten - als unerlässliche Voraussetzung für eine wirksame Politik zugunsten der Selbständigen bezeichnet hat.

Heute möchte man den Selbständigen einreden, es genügen Einzelmaßnahmen bei jeweils auftretenden Schwierigkeiten. Heute möchte man die Politik und die für die Politik Verantwortlichen als Feuerwehr benutzen. Heute möchte man eine Politik der kleinen Mittelchen empfehlen und damit einer Politik der Illusionen das Wort reden. So möchte man die Bundesregierung aus der Verantwortung bringen, sich etwas einfällen zu lassen, das auf die Dauer wirkt.

Wir warnen vor solcher Politik und vor solchen falschen Prophezen. Es hilft den Selbständigen nicht, wenn sie mit einer Politik der kleinen Mittelchen abgespeist werden sollen. Auch dann nicht, wenn die eine oder andere Gruppe der Selbständigen darin augenblicklich Vorteile erölkht. Kurzfristige Politik - und das ist die Politik der kleinen Mittelchen - kann die Lage der Selbständigen nur verschlechtern. Kurzfristige Politik ist eine Politik der Illusionen.

Wir brauchen eine langfristig wirkende, aus den Wirtschafts- und Gesellschaftszusammenhängen gestaltete, auch den Gemeinsamen Markt berücksichtigende Politik. Diese haben die Sozialdemokraten ihren Antrag zur Förderung der Mittelschichten zugrunde gelegt. Diese Vorstellung führt zu einer geschlossenen Mittelschichtenpolitik, die die Sozialdemokratie allein als wirksam für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Selbständigen in unserer modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft ansieht.

Eine solche Politik - frei von Illusionen - wird die Sozialdemokratie entwickeln. Ihr müssen sich auch Bundesregierung und Regierungskoalition stellen.